Protokoll über die 73. Sitzung des Kreisausschusses
am 17. Oktober 2022

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:18 Uhr

Anwesende: Landrat, Herr Zanker
Elke Holzapfel, CDU-Fraktion, i. V. für Frau Lehmann
Andreas Henning, SPD-Fraktion
Iven Görbig, AfD-Fraktion
Karl-Josef Montag, Fraktion FW-UH
Jörg Kubitzki, Fraktion DIE LINKE

entschuldigt: Klaus Zunke-Anhalt, CDU-Fraktion

Gäste: Jörg Klupak, SPD-Fraktion

Schriftführung: Andrea Junker, Kreistagsbüro

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 71. Sitzung des Kreisausschusses vom 14. September 2022
- 5 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltstelle 4556.7600, Hilfe nach § 33 SGB VIII, Vollzeitpflege
- 6 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 4560.7700, Hilfe nach § 35a SGB VIII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, stationär
- 7 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltstelle 4550.7610, Andere Hilfen zur Erziehung nach § 27 SGB VIII
- 8 Sonstiges

Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung

Der Landrat eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellte mit sechs anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung

Der Landrat verwies auf die Mail vom 12.10.2022 an die Kreisausschussmitglieder, mit der die Verwaltung bereits darüber informierte, dass die Verwaltung beabsichtige, zwei TOP im Rahmen der Dringlichkeit in die Tagesordnung aufzunehmen. Es handele sich um folgende TOP:

- als neuer TOP 8
Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4820.6910 – Leistungsbeihilfe bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende (§ 22 SGB II)

Begründung:

Aufgrund der Ungewissheit der unvorhersehbaren Ereignisse (fragliche Entwicklung der weiteren monatlichen Ausgaben) zur Bewältigung der Folgen des Ukrainekrieges reichen die geplanten Ausgaben nicht aus. Als dies abschließend festgestellt wurde, war die Sitzung des Kreisausschusses am 17.10.2022 bereits geladen. Die überplanmäßigen Mittel in Höhe von 150.000,00 € müssen rechtzeitig zu Verfügung stehen, um der Pflichtaufgabe nach SGB II nachzukommen.

- als neuer TOP 9
Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4886.7890 – Leistungen zur sozialen Teilhabe – Leistungen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten

Erst zum jetzigen Zeitpunkt wurde aufgrund unterschiedlicher Rechnungslegungen sowie Erhöhungen der Vergütungssätze verschiedener Einrichtungen bekannt, dass die bisher geplanten Ausgaben nicht ausreichen. Als dies abschließend festgestellt wurde, war die Sitzung des Kreisausschusses am 17.10.2022 bereits geladen. Es handelt sich hierbei um Pflichtleistungen nach SGB IX, so dass die beantragten Mittel in Höhe von 150.000,00 € zur entsprechenden Fälligkeit fristgerecht zur Verfügung stehen müssen.

Der bisherige TOP 8 – Sonstiges – wird zu TOP 10.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung auf:

Der Aufnahme des TOP 08 - Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4820.6910 – Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende (§ 22 SGB II) - im Rahmen der Dringlichkeit wurde mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Der Aufnahme des TOP 09 – Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4886.7890 – Leistungen zur sozialen Teilhabe – Leistungen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten - im Rahmen der Dringlichkeit wurde mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Der geänderten Tagesordnung wurde mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 71. Sitzung des Kreisausschusses vom 14. September 2022
- 5 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltstelle 4556.7600, Hilfe nach § 33 SGB VIII, Vollzeitpflege
- 6 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 4560.7700, Hilfe nach § 35a SGB VIII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, stationär
- 7 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltstelle 4550.7610, Andere Hilfen zur Erziehung nach § 27 SGB VIII
- 8 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4820.6910 – Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende (§ 22 SGB II)
- 9 Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4886.7890 – Leistungen zur sozialen Teilhabe – Leistungen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten
- 10 Sonstiges

Zum TOP 04

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/652/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 71. Sitzung des Kreisausschusses vom 14. September 2022 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 71. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 14. September 2022 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/652-72/2022.**

Zum TOP 05

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/647/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 4556.7600, Hilfe nach § 33 SGB VIII, Vollzeitpflege – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Für Mehraufwendungen bei der gesetzlichen Pflichtaufgabe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) werden in der Haushaltsstelle 4556.7600, Hilfe nach § 33 SGB VIII, Vollzeitpflege, Unterbringung von Minderjährigen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung für 2022 zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 150.000 € bereitgestellt, der überplanmäßigen Ausgabe wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch die in der Anlage aufgeführten Haushaltsstellen.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/647-73/2022.**

Zum TOP 06

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/648/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 4560.7700, Hilfe nach § 35a SGB VIII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, stationär – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Für Mehraufwendungen bei der gesetzlichen Pflichtaufgabe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) werden in der Haushaltsstelle 4560.7700, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, stationär, für 2022 zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 150.000 € bereitgestellt.

Der überplanmäßigen Ausgabe wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 9000.0611 – Allgemeine Zuweisung / Ausschüttung § 24 Abs. 3 ThürFAG-Land.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/648-73/2022.**

Zum TOP 07

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/649/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltstelle 4550.7610, Andere Hilfen zur Erziehung nach § 27 SGB VIII – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Herr Kubitzki erklärte, dass er gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises erkläre, dass er wegen Betroffenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Für Mehraufwendungen bei der gesetzlichen Pflichtaufgabe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) werden in der Haushaltsstelle 4550.7610, Andere Hilfen zur Erziehung nach § 27 SGB VIII für 2022 zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 150.000 € bereitgestellt. Der überplanmäßigen Ausgabe wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt in Höhe von 129.575,00 € aus der Haushaltsstelle 0600.5200 – Allgemeine Dienste GLM/Unterhalt und Anschaffung der Geräte und Ausstattungsgegenstände (Minderausgabe) und 20.425,00 € aus der Haushaltsstelle 9000.0611 – Allgemeine Zuweisung, Umlagen/Ausschüttung nach § 24 Abs. 3 ThürFAG – Land (Mehreinnahme).“

Der Beschluss wurde mehrheitlich bei 4 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/649-73/2022.**

Herr Kubitzki hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zum TOP 08

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/650/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4820.6910 – Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende (§ 22 SGB II) – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Den überplanmäßigen Ausgaben in der Haushaltsstelle - 4820.6910 – Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende (§ 22 SGB II) in Höhe bis zu 150.000,00 € wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in der HH-Stelle – 0600.5200 – Allgemeine Dienste GLM / Unterhalt und Anschaffung der Geräte und Ausstattungsgegenstände in Höhe von 120.143,00 € und Mehreinnahmen in der HH-Stelle 4820.1910 – Grund-sicherung für Arbeitssuchende (nach SGB II) - Leistungsbeteiligung b. Leistungen für Unterkunft u. Heizung an Arbeitssuchende in Höhe von 29.857,00 €.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich bei 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/650-73/2022.**

Zum TOP 09

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/651/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle – 4886.7890 – Leistungen zur sozialen Teilhabe – Leistungen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Herr Montag verwies auf Seite 2 der Beschlussvorlage. Einige Einrichtungen hätten die Vergütungssätze drastisch erhöht. Wer prüfe diese Steigerungen? Gebe es Möglichkeiten, in diesen Fällen die Verträge mit der Einrichtung zu beenden und eine andere Einrichtung zu wählen?

Der Landrat antwortete, dass der Fachdienst hier laufend prüfe und auch Nachverhandlungen durchführe. Kündigungen seien kaum möglich. Meist seien die Steigerungen die Folge von steigenden Betriebs- oder Lohnkosten, beispielsweise der Anhebung des Mindestlohnes. Es gebe jedoch ständige Überprüfungen, ob die Unterbringung in einer anderen Einrichtung möglich sei. Es sei festzustellen, dass sich die Situation verschärft.

Die Verwaltung werde im Februar 2023 mal einen Vergleich der Jahre 2020, 2021 und 2022 vorlegen, an welchen Stellen eine vertragliche Einflussnahme für diesen Bereich möglich gewesen sei und wo nicht.

Herr Kubitzki merkte an, dass Verhandlungen zum SGB IX mit dem Landesverwaltungsamt zu führen seien.

Der Landrat führte aus, dass es wenig Möglichkeiten der Einflussnahme gebe. Der Kreis entscheide nicht, am Ende unterschreibe das Landesverwaltungsamt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Den überplanmäßigen Ausgaben in der Haushaltsstelle - 4886.7890 – Leistungen zur sozialen Teilhabe – Leistungen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten in Höhe bis zu 150.000,00 € wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in der Haushaltsstelle - 0600.5200 – Allgemeine Dienste GLM / Unterhalt und Anschaffung der Geräte und Ausstattungsgegenstände.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/651-73/2022.**

Zum TOP 10 - Sonstiges

Der Landrat informierte, dass die Ausschreibung Konzeptverfahren ehemaliges Schulandheim Waldschlösschen in Mühlhausen im heutigen Amtsblatt veröffentlicht wurde und erläuterte kurz das Ausschreibungsverfahren.

Frau Holzapfel fragte, ob es schon Bewerber gebe?

Der Landrat antwortete, nach seiner Kenntnis nicht. Er werde ab sofort den Kreisausschuss in jeder Sitzung darüber informieren, ob Bewerbungen eingegangen seien.

Frau Holzapfel wollte wissen, was aus dem Interesse der Stadt Mühlhausen geworden sei?

Der Landrat erwiderte, dass diese Überlegungen nicht zu einem Ergebnis geführt hätten und damit vom Tisch seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker
Schriftführerin

bestätigt: Zanker
Landrat